

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW · Oststraße 41-43 · 40211 Düsseldorf

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.

11.04.2022

Antwort auf Ihre Anfrage vom 16.02.2022

Frage 1

Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen zu den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen?

Antwort

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass alle angewandten Instrumente im Bereich des Milchmarktes nicht tauglich waren, um den Strukturwandel aufzuhalten. Hieran hat auch eine Mengenbegrenzung auf EU-Ebene nichts geändert. Vor dem Hintergrund der aktuell bestehenden Weltmarktorientierung im Milchsektor greifen zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen zu kurz. Von daher setzen wir uns auch für Lösungsansätze auf Ebene der Erzeuger*innen und (genossenschaftlichen) Weiterverarbeitung ein. Hier könnten u. a. Garantiepreise für definierte Rohmilchmengen oder fixe Lieferverträge zielorientierte Instrumente darstellen. Auf EU-Ebene sollte im Rahmen der Marktbeobachtung ein effizientes Frühwarnsystem etabliert werden, um sich anbahnende Marktkrisen rechtzeitig zu erkennen und Krisenmanagementmaßnahmen einleiten zu können. Langfristig müssen auch mit Blick auf resiliente Versorgungsstrukturen regionale Wertschöpfungsketten gestärkt und einen Umschwung der Preissensibilität von Verbraucher*innen hin zu einer Qualitätsorientierung unterstützt werden.

Frage 2

Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?

Antwort

Der Gründung von Branchenverbänden zur Förderung des Dialogs, der Markttransparenz und zur Unterstützung koordinierender Maßnahmen im Rahmen der Wertschöpfungskette stehen wir positiv gegenüber. Aus grüner Perspektive sollten Branchenverbände alle Dimensionen der Nachhaltigkeit, also sowohl ökonomische als auch ökologische und soziale Aspekte in den Blick nehmen. Vor dem Hintergrund komplexer Wertschöpfungsketten sollten hier sowohl Vertreter*innen des Erzeuger*innensektors, als auch der Weiterverarbeitung und des Handels vertreten sein um bestehende Marktungleichgewichte berücksichtigen und austarieren zu können. Im Milchsektor existiert bereits eine Vielzahl an Branchenverbänden. Weiterreichende Befugnisse müsste eine übergeordneten

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW

„Branchenorganisation Milch“ mit Blick auf rechtliche Rahmenbedingungen eigenständig definieren. Aus grüner Perspektive wäre hierbei auch ein brancheninterner Dialog über Milchmengen und Milchpreise wünschenswert.

Frage 3

Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen (Artikel 148 GMO) oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Antwort

Mit Blick auf die aktuelle Marktordnung zeigt sich, dass insbesondere die Milcherzeuger*innen im hohen Maße allein das Preisrisiko tragen. Wir GRÜNEN NRW setzen uns daher dafür ein, dass auf Bundesebene im Agrarmarktordnungsrecht bereits verankerte Verordnungsermächtigungen zu Artikel 148 GMO durch die zuständigen Stellen genutzt werden.

Im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist darüber hinaus festgehalten, dass das Bundeskartellamt insgesamt gestärkt und der Milchmarkt speziell beobachtet und evaluiert werden soll.

Frage 4

Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2027 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?

Antwort

Für langfristig auskömmliche Erzeugerpreise brauchen wir eine Marktpolitik, die den Rahmen für eine faire Gestaltung der Märkte schafft. Dazu gehören vorbeugende Kriseninstrumente zur Marktstabilisierung. Bei Marktkrisen sollen verbindliche Anpassungsmaßnahmen der Erzeugungsmenge an die Nachfrage gegensteuern. Darüber hinaus muss der Zugang zum Markt insbesondere für Kleinerzeuger*innen verbessert und direkte Erzeuger*innen-Verbraucher*innen-Kooperationen und eine regionale Erzeugung und Vermarktung gestärkt werden. Das erfordert auch die Absicherung von fairen Margen innerhalb der Wertschöpfungskette und einen starken Schutz von Erzeuger*innen in der Wertschöpfungskette. Sowohl eine stärkere Ausrichtung der GAP als auch der GMO hin zu mehr Gemeinwohlleistungen und Förderung regionaler Strukturen ist für die GRÜNEN NRW wünschenswert.

Frage 5

Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme in der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder / Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen/einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW

Antwort

Die wirtschaftlichen Herausforderungen der Landwirtschaft sind vielfältig und nicht mit einer einzelnen Maßnahme zu lösen. Die größte Herausforderung der Landwirtschaft ist es langfristig, innerhalb der planetaren Grenzen zu wirtschaften. Unser Leitsatz ist hierbei, dass sich nachhaltige Landwirtschaft finanziell lohnen muss. Hierzu kann die GAP einen großen Beitrag leisten, wenn sie ökologische Maßnahmen entsprechend entlohnt, statt flächenorientiert zu unterstützen. Eine degressive Zahlung und eine Kappung ab einer bestimmten Größe der Direktzahlungen bzw. eine stärkere Förderung der ersten Hektare stehen wir positiv gegenüber, weil somit kleine und mittlere Betriebe gestärkt werden.

Frage 6

Unterstützt Ihre Partei Bestrebungen für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Antwort

Ja, die GRÜNEN NRW sprechen sich klar für eindeutige Herkunftsnachweise auf Produkten aus. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass irreführende Werbeaussagen auf Produkten eingeschränkt werden.

Frage 7

Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme hin zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hinzu als zielführend an?

Antwort

Die Vorschläge der Borchert Kommission unterstützen wir ebenso wie die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Einordnung der finanziellen Umsetzung. Aus grüner Perspektive bietet sich hierfür sowohl eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf tierische Lebensmittel als auch die Einführung einer Verbrauchssteuer. Die Zweckbindung der hierdurch bestehende Mehreinnahmen für den Umbau der Tierhaltung muss ebenso gegeben sein wie eine europarechtlich konforme Ausgestaltung.

Frage 8

Wie können Milchviehbetriebe, die in einer teilweisen Anbindehaltung (Kombinationshaltung) wirtschaften, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?

Antwort

Aus tierschutzfachlicher Sicht ist es richtig, dass die Anbindehaltung mittelfristig nicht mehr stattfindet. Die Bundesregierung plant ein Verbot bis 2030. Diesen Plan unterstützen wir. Allerdings sollen die Betriebe dabei nicht allein gelassen werden. Durch gezielte, kostenlose Beratungsangebote soll die LWK NRW Betrieben, die ein höheres Tierwohl gewährleisten wollen, unterstützen. Darüber hinaus hat das Bundeslandwirtschaftsministerium Förderung in Aussicht gestellt. Wir als Grüne setzen uns in NRW für finanzielle Fördermaßnahmen für Bauvorhaben von kleinen und mittleren Betrieben ein.